

Politischer Jahresbericht

## Türkei 2009



**Istanbul**

**Länderbüro Türkei**

Von Dr. Ulrike Dufner

März 2010

## Programm:

„Förderung der Demokratisierung und nachhaltigen Entwicklung in der Türkei“

## Politische Entwicklungen

### 1. Demokratisierung/Reformprozess/Rechtsstaat

In der ersten Jahreshälfte 2009 prägten die Kommunalwahlen, die 1. Mai-Feiern und die Debatte um die Anklage von Staatspräsident Gül die öffentliche Debatte. Außerdem wurde durch Staatspräsident Gül die demokratische Öffnung bzw. kurdische Öffnung eingeleitet, die die öffentliche Debatte in der zweiten Jahreshälfte prägen sollte.

#### Die Kommunalwahlen vom 29.3. 2009

Im Vorfeld der Kommunalwahlen 2009 waren durchaus für die Türkei bis dahin ungewöhnliche Entwicklungen und Töne zu verzeichnen: so warb die CHP, die für ihren rigiden Laizismus bekannte größte Oppositionspartei im Parlament, im Wahlkampf für die Öffnung in Richtung „Kopftuchfrauen“. Die Partei ging sogar soweit, komplett verschleierte Frauen (türban) einzuladen und warb für diese mit dem Ausspruch „nicht was auf sondern was in dem Kopf ist, ist entscheidend“. Die CHP erntete für diese Annäherungsversuche an die religiöse Klientel innerhalb und außerhalb der Partei starke Kritik. Dennoch setzte die Partei ihre Bestrebungen in dieser Richtung fort und propagierte Koran-Kurse für jedes Viertel. Die Partei begab sich zum ersten Mal auf einen Weg, der Religiosität nicht per se als Widerspruch zu Laizismus definiert. Solange der „richtige Islam“ unterrichtet werde, befürwortete auch Deniz Baykal die Koran-Kurse<sup>1</sup>. Fast schon als Ironie der Geschichte kann bezeichnet werden, dass nunmehr Erdogan der CHP vorwarf, Religion für politische Zwecke zu benutzen<sup>2</sup>. Darüber hinaus hat der Flirtversuch der CHP bei religiösen Kreisen Proteste insbesondere der **Aleviten** ausgelöst. So kritisierte der ehem. Vorsitzende der alevitischen Bektashi-Föderation, Turan Eser, dass die CHP sich nicht gegenüber den Aleviten, den Kurden oder den Linken geöffnet hätte und warf ihr billigen Wählerstimmenfang vor<sup>3</sup>.

Als weiteren wichtigen Punkt der Kommunalwahlen muss die **Machtprobe** der **AKP** mit der pro-kurdischen **DTP** festgehalten werden, die zuungunsten der AKP ausging und für die weiteren Entwicklungen in der Kurdenfrage im Jahr 2009 von Bedeutung ist. Insgesamt hat die AKP einen deutlichen Verlust im Vergleich zu den Parlamentswahlen 2007 hinnehmen müssen, ihr Stimmenanteil fiel von 47% 2007 auf rund 39%, die CHP erhielt im Landesdurchschnitt 23%, die MHP 16%, die DTP und SP (Erbakan-Partei) je 5%. Der Wahlsieg der DTP im kurdischen Südosten und insbesondere in einigen neuen Orten wie Iğdir an der armenischen Grenze, hatte den stv. Ministerpräsidenten Cemil Cicek zu provokativen Äußerungen verleitet, die Kurden würden mit den Armeniern paktieren<sup>4</sup>. Ministerpräsident Erdoğan's unterstützende Äußerungen<sup>5</sup> führten dazu, dass Ahmet Insel, Aydın Engin, Baskın Oran, Levent Köker und Cengiz Aktar Cemil Çiçek zum Rücktritt aufriefen. Als Fazit der Stimmung in der Bevölkerung, welche nicht nur die Kommunalwahlen prägt, kann das Fazit einer Umfrage von Tarhan Erdem gewertet werden: Seiner Ansicht nach sind mindestens 70% der Bevölkerung zu mobilisieren für Themen, welche die Gesellschaft spalten. Ein Anteil, der ein gefährliches Ausmaß annimmt<sup>6</sup>.

## Auswechseln der Regierungsmannschaft

---

1 05.02.2009, Radikal Gazetesi.

2 07.02.2009, Birgün Gazetesi.

3 07.02.2009, Birgün Gazetesi.

4 04.04.2009, Taraf.

5 Taraf, 04.04.09.

6 26.03.2009, Radikal.

Nach der Wahlschlappe blieb wie zu erwarten ein Auswechseln von Teilen der Regierungsmannschaft mit in Teilen eher konservativen Kreisen wie Bülent Arinc oder Ömer Dincer nicht aus. Bemerkenswert ist die Besetzung von Ahmet Davutoglu zum Außenminister, der als Hauptarchitekt für eine aktivere Außenpolitik in der Region Naher und Mittlerer Osten gilt.

### **Versuch der Anklage von Staatspräsident Ahmet Gül**

Für Aufregung sorgten in 2009 die Bemühungen, Staatspräsident Gül vor der 1. Kammer des Strafgerichts in Ankara in Sachen Veruntreuung von Mitteln der Wohlfahrtspartei anzuklagen, der aufgrund seines Abgeordnetenmandates seinerzeit nicht angeklagt werden konnte. Letztlich wurde die Klage dennoch nicht weiter verfolgt. Es zeigte aber, wie stark die Bestrebungen der Opposition sind, die Regierung zu beschädigen.

### **1. Mai 2009**

Nach den wiederholten Diskussionen der vergangenen Jahre um den ersten Mai wurde der 1. Mai in 2009 zum offiziellen Feiertag erklärt. Die Regierung hoffte vermutlich, dass damit der Druck der Gewerkschaften nachlässt, die Demonstrationen auf dem Taksim-Platz durchzuführen. Auch wenn offiziell Demonstrationen auf dem Taksim Platz auch in 2009 nicht erlaubt waren, schritt die Polizei in 2009 jedoch nicht wie in 2008 gegen die Demonstrierenden ein und ließ diese gewähren.

### **Verfassungsreform/neue Verfassung**

Nachdem die AKP im Jahr 2007 eine neue Verfassung angekündigt hatte und mit ihrer Änderung im Juli 2008 vor dem Verfassungsgericht gescheitert war, steht das Ausarbeiten einer neuen Verfassung auch in 2009 auf der Agenda. Aufgrund der Blockadehaltung der CHP<sup>7</sup> konnte jedoch die AKP ihre Ankündigungen, vor der Kommunalwahl die Verfassung in Übereinstimmung mit der Opposition zu ändern, nicht realisieren. Die Ankündigung von Erdogan, Artikel bezüglich der Prozentklausel, des Parteiverbotes etc. zu ändern, scheitern daran, dass hierfür die Zustimmung der Opposition notwendig ist. Nachdem die Opposition auf die Versuche der AKP, eine Einigung zu erzielen, nicht einging, gestand Innenminister Atalay im Oktober 2009 ein, dass in dieser Legislaturperiode bei bestehenden Kräfteverhältnissen eine Verfassungsänderung nicht möglich ist, die AKP aber die Vorbereitungen für die Zeit nach der nächsten Parlamentswahl treffen werde<sup>8</sup>. Der EU-Fortschrittsbericht bescheinigt die Bemühungen der AKP in dieser Hinsicht und stellt eine gestiegene Sensibilisierung für den Bedarf einer neuen Verfassung in der Öffentlichkeit fest.

### **Militär und Politik**

In Bezug auf das Verhältnis von Militär und Politik, was als Schlüsselbereich für die Demokratisierungschancen der Türkei zu werten ist, sind im Jahr 2009 wichtige Entwicklungen mit vermutlich weitreichender Wirkung zu verzeichnen. Hierbei spielen das sog. Ergenekon-Verfahren, die Enthüllungen in der Tageszeitung Taraf und die daraufhin entstandenen Debatten eine zentrale Rolle. Die Öffentlichkeit wird durch die öffentlich gemachten Putschpläne aus den Reihen des Militärs zunehmend kritisch sensibilisiert hinsichtlich der Einmischungsversuche des Militärs in die politischen Belange des Landes. Die Gefahrenszenarien, welche in der Vergangenheit als Rechtfertigung für die starke Rolle des Militärs dienten, verlieren in 2009 an Glaubwürdigkeit. Denn es wurde deutlich, dass das Militär gezielt die Medien, Hochschulen und auch Zivilgesellschaft zu instrumentalisieren versuchte, um politische Instabilität gepaart mit dem Ruf nach einer starken Hand zu schüren<sup>9</sup>. Gleichzeitig wurde immer mehr in der Öffentlichkeit die Zuständigkeit militärischer Gerichte zur strafrechtlichen Verfolgung von Putschplänen in Frage gestellt. Selbst die CHP konnte in 2009 teilweise nicht umhin, eine sofortige Aufklärung bekannt gewordener vermeintlicher Putschpläne zu verlangen<sup>10</sup>. Zum ersten Mal in der Geschichte der Türkei hat zudem eine Gruppe Intellek-

---

<sup>7</sup> <http://www.taraf.com.tr/haber/27935.htm> , 17.02.2009.

<sup>8</sup> <http://www.radikal.com.tr/Radikal.aspx?aType=RadikalHaberDetay&ArticleID=958642&Date=11.10.2009&CategoryID=98>

<sup>9</sup> <http://www.taraf.com.tr/haber/35745.htm>

<sup>10</sup> <http://www.radikal.com.tr/Radikal.aspx?aType=RadikalHaberDetay&ArticleID=940910&Date=17.06.2009&CategoryID=98>

tueller Strafanzeige gegen den Generalstabschef eingereicht<sup>11</sup>, weil dieser sich in einer Rede, in welcher er die Notwendigkeit, Kurdisch zu lernen, abstritt, in die Politik des Landes einmischte<sup>12</sup>.

### **Militärische Gerichtsbarkeit**

Bereits seit der Verfassung von 1961 besteht eine parallele militärische Gerichtsbarkeit, welche auch in der Verfassung von 1982 übernommen wurde und die Stellung des Militärs weiter ausbaute. Im Rahmen des Reformprozesses wurden in diesem Bereich bisher lediglich folgende Verbesserungen erzielt<sup>13</sup>:

So wurde mit Reform vom 7. August 2003 im Rahmen des 7. Reformgesetzes der Straftatbestand der „Distanzierung vom Militär“ der Gerichtsbarkeit der Militärs entzogen und zivilen Gerichten unterstellt.

Mit der Reform vom 29. Juni 2006 wurden 17 weitere Straftatbestände der zivilen Gerichtsbarkeit unterstellt. Dennoch können auch in bestimmten Fällen Zivilisten auch weiterhin vor der Militärstrafgerichtsbarkeit angeklagt werden.

Mit Reform vom 26. Juni 2009 wurde die Möglichkeit, Zivilisten vor Militärgerichten anzuklagen, aufgehoben. Unter gegebenen Umständen sind nach diesem Gesetz auch Militärs vor zivilen Gerichten anklagbar<sup>14</sup>:

Die Möglichkeit der Anklage von Militärs vor zivilen Gerichten wurde jedoch vom Verfassungsgericht auf Antrag der CHP im Dezember 2009 als verfassungswidrig bezeichnet und aufgehoben. Somit wurde eine wichtige Reform in diesem Bereich durch die CHP blockiert. Damit sind auch im Ergenekon-Verfahren die Möglichkeiten eingeschränkt worden.

### **Das ERGENEKON Strafverfahren 15**

In dem seit Juni 2007 andauernden Verfahren gegen Ergenekon wurden die ersten Verhöre nach Fertigstellung der ersten Anklageschrift im Oktober 2008 eingeleitet und 81 Angeklagte angehört. Zur Vorbereitung der zweiten Anklageschrift setzte die Staatsanwaltschaft das Verfahren bis 12. Juni 2009 aus, das Verfahren wird von der 13. Strafgerichtskammer in Istanbul geführt. Die Verhöre der 56 Angeklagten im Rahmen der 2. Anklageschrift begannen am 20. Juli 2009 (18 mit, 37 ohne Festnahmen, der ehem. Abgeordnete und Angeklagte Turhan Çömez ist flüchtig). Die beiden Verfahren werden getrennt fortgeführt. Die Anhörungen im ersten Verfahren wurden am 3. August 2009 erneut aufgenommen. Unter den Angeklagten befinden sich ehem. Generäle, darunter u. a. Levent Ersöz, der für das Verschwindenlassen von Oppositionellen insbesondere in den kurdischen Gebieten verantwortlich gemacht wird. Die sog. 12. Verhaftungs- und Durchsuchungswelle Anfang 2009 löste breite Protestreaktionen aus, da auch die Räume des Vereins für Zeitgenössisches Leben und die Wohnung der schwerkranken Vorsitzenden Türkan Saylan, die am 19.5.2009 ihrer Krankheit erlag, durchsucht wurden<sup>16</sup>. Insgesamt nahm die Skepsis an dem rechtsstaatlichen Charakter des Verfahrens und die Vorwürfe, dass es sich um einen ideologischen Rachefeldzug gegen die Kemalisten handle, stark zu. Auch im EU Fortschrittsbericht 2009 wird die Bedeutung des Ergenekon-Verfahrens für die Demokratisierung des Landes und die Rechtsstaatlichkeit hervorgehoben. In Diplomatenkreisen wird immer auch betont, dass die Einhaltung der Verfahrensordnung von herausragender Bedeutung insgesamt ist. Die Vorstellung, die Angeklagten könnten sich beim EMRG wegen nicht rechtmäßigen Verfahrens durchsetzen und zu „Opfern“ werden, lässt alle das Verfahren mit größter Sorge begleiten. Am 5. Juni 2009 wurde die 3. Anklageschrift veröffentlicht und damit das 3. Verfahren im Rahmen von Ergenekon eingeleitet. Die darin öffentlich gewordenen Mordanschlagspläne ließen die Öffentlichkeit erschauern. So waren lt. Anklageschrift Anschläge gegen die alevitischen Anführer Kazım Genç und Ali Balkız, gegen den armenischen Patriarchen Mesrop

---

<sup>11</sup> Radikal 29.09.2009

<sup>12</sup> Radikal 29.09.2009

<sup>13</sup> [www.setav.org/.../SETA\\_Analiz\\_9\\_Askeriyargi\\_ve\\_Askeriyesayet.pdf](http://www.setav.org/.../SETA_Analiz_9_Askeriyargi_ve_Askeriyesayet.pdf)

<sup>14</sup> <http://rega.basbakanlik.gov.tr/eskiler/2009/07/20090709-2.htm>

<sup>15</sup> <http://www.tumgazeteler.com/haberleri/ergenekon-davasi/>

<sup>16</sup> <http://www.milliyet.com.tr/Guncel/HaberDetay.aspx?aType=HaberDetay&ArticleID=1096387&Date=19.05.2009&b=Cagdas%20savasciyi%20kaybettik&KategoriID=24&ver=91>

Mutafyan und den armenischen Meinungsführer aus Sivas Minas Durmaz Güler vorgesehen. Ebenso wurde von Attentatsplänen auf Ministerpräsident Erdoğan berichtet. Die drei Anklageschriften umfassen inzwischen insgesamt 5818 Seiten, die Anzahl der Angeklagten stieg auf 194. Von Bedeutung ist, dass hierunter auch zahlreiche ehem. Hohe Militärangehörige sind, denen vorgeworfen wurde, in zwei Putschplänen der Jahre 2003 und 2004 verwickelt gewesen zu sein<sup>17</sup>. Am 19.12.2009 wurde die Öffentlichkeit durch die Verhaftung von zwei Offizieren aufgeschreckt, welche ein Attentat gegen den stv. Ministerpräsidenten Bülent Arinç geplant haben sollten, von herausragender Bedeutung war hierbei auch, dass zum ersten Mal in der Geschichte der türkischen Republik zivile Ankläger militärisches Gelände durchsuchten und hierbei auch das sog. „kozmetik oda“ (ein Geheimraum) betreten. Der Generalstabschef<sup>18</sup> stritt die Anschuldigungen ab.

### **Gründung des Parlamentsausschusses zur Chancengleichheit von Mann und Frau**

Anfang 2009 wurde im türkischen Parlament auf Antrag der weiblichen Abgeordneten von AKP, CHP, DTP und DSP (in getrennten Anträgen) die Gründung eines **parlamentarischen Ausschusses zur Chancengleichheit von Mann und Frau** gegründet<sup>19</sup>. Die 50 weiblichen Abgeordneten arbeiteten im Parlament gemeinsam für die Gründung dieses Ausschusses zusammen. Der Ausschuss soll die Gesetze und Lage der Frauen hinsichtlich der Chancengleichheit untersuchen und auf die Tagesordnung setzen. Ebenso wurde die Kooperation mit Frauenorganisationen im Statut verankert. Für Unruhe sorgte die Tatsache, dass die AKP gegen den starken Protest von über 50 Frauenorganisationen in letzter Minute anstelle des Namens Ausschuss für Gleichheit von Mann und Frau den Namen in Ausschuss für Chancengleichheit umänderte<sup>20</sup>.

Der Ausschuss trat mit einem Bericht über Maßnahmen zur Verhinderung von Eheschließungen in jungem Alter an die Öffentlichkeit. Unter anderem enthielt er Empfehlungen zur Strafverfolgung von Imamen, die gesetzeswidrige Eheschließungen vollziehen und zur Einrichtung einer Hotline für Kinder und Jugendliche im Alter von 4-18 Jahren. Von 58.402 Mädchen, welche die Grundschulausbildung nicht fortsetzen, gaben 675 Heirat als Grund an, 4.273 traditionelle Gründe. Daher forderte der Bericht auch eine Bestrafung der Familien, welche die Schulpflicht verletzen. Anlass für Diskussion im Ausschuss war die Tatsache, dass auch zahlreiche Abgeordnete nur religiös und zudem mehrere Frauen geheiratet hätten. Die Abgeordneten sollten aber Vorbild für die Gesellschaft sein. Diskutiert wurde auch die Forderung des CHP-Abgeordneten Ersin, dass nicht nur Mädchen sondern auch Jungen von dem frühen Heiratsalter betroffen seien<sup>21</sup>.

Von Bedeutung ist auch, dass die Türkei als **erstes Land vom EMRG** verurteilt wurde, im Fall von Nahide Opuz eine Frau nicht vor innerfamiliärer Gewalt geschützt zu haben<sup>22</sup>. Bedauerlich ist, dass die Vorsitzende des Ausschusses für Chancengleichheit, Frau Güldal Akşit das Urteil mit dem Argument kritisierte, dass seit dem Fall im Jahr 2002 die Türkei in diesem Bereich zahlreiche Fortschritte erreicht habe<sup>23</sup>. Die Staatsministerin für Frauenangelegenheiten **Aliye Kavaf** hob zudem noch hervor, dass die Türkei in Sachen rechtliche Stellung der Frauen einigen EU Mitgliedsstaaten voraus sei<sup>24</sup> und Erdogan legte nach und sagte, es handelte sich um einen Einzelfall, das EMRG Urteil sei beschämend<sup>25</sup>. Die Frauen-Strafrechts-Plattform hingegen begrüßte das Urteil und betonte, dass diesem noch weitere folgen werden<sup>26</sup>.

---

<sup>17</sup><http://www.radikal.com.tr/Radikal.aspx?aType=RadikalHaberDetay&ArticleID=967757&Date=06.12.2009&CategoryID=97>

<sup>18</sup><http://www.radikal.com.tr/Radikal.aspx?aType=RadikalHaberDetay&ArticleID=970879&Date=24.12.2009&CategoryID=98>

<sup>19</sup><http://www.radikal.com.tr/Radikal.aspx?aType=RadikalDetay&ArticleID=919187&Date=29.1.2009&CategoryID=78>

<sup>20</sup>[www.radikal.com.tr/Radikal.aspx?aType=RadikalHaberDetay&ArticleID=921490&Date=13.02.2009&CategoryID=98](http://www.radikal.com.tr/Radikal.aspx?aType=RadikalHaberDetay&ArticleID=921490&Date=13.02.2009&CategoryID=98)

<sup>21</sup> [http://aksam.com.tr/2009/12/10/haber/siyaset/4134/imamlara\\_dini\\_nikaha\\_yakin\\_markaj\\_geliyor.html](http://aksam.com.tr/2009/12/10/haber/siyaset/4134/imamlara_dini_nikaha_yakin_markaj_geliyor.html)

<sup>22</sup><http://www.radikal.com.tr/Radikal.aspx?aType=RadikalHaberDetay&ArticleID=940070&Date=11.06.2009&CategoryID=97>

<sup>23</sup>[http://www.ucansupurge.org/index.php?option=com\\_content&view=article&id=132%3AAakit-ahm-kararna-itiraz-etti&catid=51%3Adier&Itemid=115&lang=tr](http://www.ucansupurge.org/index.php?option=com_content&view=article&id=132%3AAakit-ahm-kararna-itiraz-etti&catid=51%3Adier&Itemid=115&lang=tr)

<sup>24</sup><http://www.radikal.com.tr/Radikal.aspx?aType=RadikalHaberDetay&Date=11.6.2009&ArticleID=940070>

<sup>25</sup><http://www.radikal.com.tr/Default.aspx?aType=RadikalHaberDetay&Date=12.06.2009&ArticleID=940169>

<sup>26</sup><http://www.radikal.com.tr/Default.aspx?aType=RadikalHaberDetay&Date=13.06.2009&ArticleID=940312>

## **Gewalt gegen Frauen – Ehrenmorde – sexuelle Gewalt von Sicherheitskräften**

Die Parlamentsanfrage der DTP Abgeordneten Fatma Kurtulan brachte erschreckende Fakten ans Tageslicht. Nach Auskunft der Regierung stieg die Anzahl an Ehrenmorden von 66 im Jahr 2002 auf 953 allein in den ersten sechs Monaten des Jahres 2009 bzw. um 1400%. Zwischen 2002 und Juli 2009 wurden insgesamt 12.678 Verfahren wegen Verbrechen im Namen der Ehre eingeleitet. 15.564 Personen wurden angeklagt und insgesamt 5.736 verurteilt, 859 endeten mit Freispruch, 794 wurden auf Bewährung freigelassen. 6.074 Verfahren dauern an<sup>27</sup>. Anlässlich des internationalen Tages gegen Gewalt gegen Frauen veröffentlichte die Anwältin Eren Keskin und Fatma Karakaş am 25.11.2010 ihren Bericht zu Sexuellen Übergriffen in Polizeihaft. Demnach waren in 2009 15 Frauen auf Polizeistationen, der Gendarmerie oder in Haft sexuellen Übergriffen ausgesetzt<sup>28</sup>.

## **Sexueller Missbrauch in den Familien**

Die Vorsitzende von KAMER, Nebahat Akkoç berichtete, dass 25% der 50.000 Frauen, die sich an die 23 Zweigstellen von KAMER gewandt hätten, zu innerfamiliären sexuellen Beziehungen gezwungen gewesen seien: "Dies ist eine sehr hohe Zahl. Leider kann man über dieses Tabuthema noch immer nicht laut sprechen. Sexueller Missbrauch passiert unabhängig von Nationalität, Wohlstand oder Bildungsniveau. Im Rahmen der demokratischen Öffnung wurde immer nur gesagt "die Mütter sollen nicht weiter weinen" (über den Verlust ihrer Kinder). Aber das Thema sexueller Mißbrauch oder Ehrenmord wird nicht erwähnt"<sup>29</sup>.

## **LGBT**

Die Ergebnisse der Media Watch-Studie der LGBT Organisation Kaos GL gibt einen guten Einblick darüber, welche Medien sich im Zeitraum Januar bis Juni 2009 durch homophobe bzw. nicht-homophobe Berichterstattung auszeichnen. Positiv hervorstechen die Tageszeitungen Radikal und Birgün, als Negativbeispiele aufgeführt wird die Zeitung Anadolu Vakit, deren Berichterstattung zu Reaktionen in der Bevölkerung gegen LGBT Organisationen und zu Protesten gegen KAOS GL beigetragen habe. Rühmliches Beispiel für homophobe Einstellungen ist der international Bekannte konservativ-religiöse Denker Ali Bulaç, der am 11.5.2009 in CNN Türk Homosexualität als Geisteskrankheit bezeichnete, welche die Menschen dazu antreibe, sich gegenseitig zu töten. So sei ein hoher Anteil derjenigen, die im Irak und Afghanistan kämpfen, homosexuell. Sie erfahren hierbei sogar Lust. Aufgrund der Protestreaktionen sahen sich einige Journalisten auch genötigt, Bulaç zur Seite zu springen.

Die LGBT-Organisationen organisierten am 17.Mai eine Demonstration gegen Homophobie und Transphobie in Ankara<sup>30</sup> und Istanbul<sup>31</sup>. Politische Unterstützung erhielt die 17. Anti-Homophobie-Woche durch die Teilnahme des CHP-Abgeordneten aus Istanbul, Mehmet Sevigen, der DTP İstanbul Abgeordneten Sebahat Tuncel und des DTP Abgeordneten Akın Birdal<sup>32</sup>. Das Verbotsverfahren gegen die 1993 gegründete Istanbuler LGBT-Organisation Lambda endete in 2009<sup>33</sup> damit, dass die Organisation mit der problematischen Feststellung nicht verboten wurde, dass die Sazung gegenwärtig keine Gefahr für die öffentlichen Sitten darstelle. Einem ähnlichen Verbotsverfahren ist die Organisation Schwarz-Rosa Dreieck aus

---

27 <http://www.radikal.com>.

27

Radikal

24/11/2009 <http://www.radikal.com.tr/Radikal.aspx?aType=RadikalHaberDetay&ArticleID=965907&Date=24.11.2009&CategoryID=97>

27

Radikal

04/10/2009

<http://www.radikal.com.tr/Radikal.aspx?aType=RadikalDetay&ArticleID=957429&Date=04.10.2009&CategoryID=77>  
<http://www.radikal.com.tr/Radikal.aspx?aType=RadikalHaberDetay&ArticleID=963368&Date=08.11.2009&CategoryID=98>

28

Radikal

24/11/2009 <http://www.radikal.com.tr/Radikal.aspx?aType=RadikalHaberDetay&ArticleID=965907&Date=24.11.2009&CategoryID=97>

29

Radikal

04/10/2009

<http://www.radikal.com.tr/Radikal.aspx?aType=RadikalDetay&ArticleID=957429&Date=04.10.2009&CategoryID=77>

30 <http://www.taraf.com.tr/haber/34025.htm> 19.05.2009

31 [http://www.sesonline.net/php/genel\\_sayfa.php?KartNo=53681](http://www.sesonline.net/php/genel_sayfa.php?KartNo=53681) 29-6-09

32 [http://www.sesonline.net/php/genel\\_sayfa.php?KartNo=53681](http://www.sesonline.net/php/genel_sayfa.php?KartNo=53681) 29-6-09

33 <http://www.lambdaistanbul.org>

Izmir ausgesetzt, deren Verbotverfahren für den 9.2.2010 angesetzt ist. Es wird erwartet, dass das Verfahren mit einem ähnlichen Beschluss endet, der die Tür für spätere Repressionen offen lässt<sup>34</sup>. Von Bedeutung ist auch der IV., von Diyanet organisierte **religiöse Ratschlag** (Din Şurası) vom 12-16. Oktober 2009, zu dem Theologen der Türkei geladen wurden. Homosexualität wurde hier als „sexuelle Deformation“ bezeichnet. Homosexualität habe sich in besorgniserregender Weise ausgebreitet. Nach dem Islam sei Homosexualität in keinsten Weise akzeptabel, sie widerspreche der menschlichen Natur und sei von der muslimischen Natur in keinsten Weise zu akzeptieren. Die Gesellschaft sei in entsprechender Weise aufzuklären, ohne jedoch direkt Personen anzugreifen.

### **Menschenrechtslage**

Nach Angaben der Menschenrechtsstiftung TİHV wurden in 2009 18 extralegale Hinrichtungen begangen. 46 starben durch Schüsse von Sicherheitskräften, weil sie dem Aufruf „Halt, stehen bleiben“ nicht Folge leisteten, 39 Menschen starben durch zweifelhafte Selbstmorde, bei Streitereien oder wegen verweigerter medizinischer Behandlung in Haftanstalten oder Polizeihaft. Bis Ende Nov. 2009 wandten sich 436 Personen wegen Folter oder erniedrigender Behandlung an den TIHV. Nach offiziellen Statistiken wurden im Jahr 2008 153 Verfahren wegen Folter eingeleitet, gegen 403 Personen Verfahren geführt<sup>35</sup>.

### **Strafrecht – Antiterrorgesetz und Kinder**

Im Jahr 2009 wurde insbesondere immer wieder die Tatsache öffentlich diskutiert, dass Kinder im Alter von 12-18 Jahren nach dem Anti-Terror-Gesetz angeklagt und verurteilt werden. Selbst wenn sie in den Kinder-/Jugendstrafvollzug kommen, erfahren sie keine psychologische oder pädagogische Unterstützung, müssen ihre Schulausbildung abbrechen und werden letztlich wie erwachsene Straftäter behandelt. Das Strafmaß für Kinder ist im internationalen Vergleich außergewöhnlich hoch: So wurden z.B. fünf Kinder im Alter von 14-17 Jahren, die bei einer Demonstration am 16.3.2009 in Adana teilgenommen haben und des Steine Schmeißens beschuldigt wurden, zu 7 Jahren und sechs Monaten (Teilnahme) und zusätzlich 1 Jahr (Propaganda) wegen Propaganda und Teilnahme an Aktivitäten einer illegalen Organisation verurteilt. Die Strafe war nach Reduktion immer noch 4 Jahre 2 Monate sowie 3.000 TL Geldstrafe. Insgesamt wurden im Jahr 2009 42 Verfahren gegen 177 Kinder geführt, die zusammen zu 772 Jahren und 2 Monaten Strafe verurteilt wurden. Inzwischen hat sich eine Gruppe von Anwälten und Menschenrechtsanwälten an das Parlament mit der Forderung gewandt, das Gesetz entsprechend zu ändern. Sie führen eine Kampagne unter dem Motto **Gerechtigkeit für Kinder**.

Auch im Bereich Meinungsfreiheit sind die Ergebnisse des Jahres 2009 bedrückend: 387 Personen wurden verurteilt, gegen 36 Journalisten ein Strafverfahren eingeleitet, 31 Ausgaben von Zeitungen oder Zeitschriften wurden gestoppt, 66 Bücher konfisziert und 4662 internet Seiten geschlossen<sup>36</sup>.

### **Kurdenfrage**

Seit Januar 2009 strahlt das staatliche Fernsehen TRT 6 in kurdischer Sprache aus. Dies stieß auf breite Zustimmung auch der DTP, welche dies auch als einen Erfolg ihrer Arbeit ansieht<sup>37</sup>. Ministerpräsident Erdoğan hob in seiner diesbezüglichen Parlamentsrede hervor, dass damit die Integration der Bevölkerung angestrebt werde und ein Schritt des Staates zur Öffnung gegenüber seiner Bevölkerung getan werde<sup>38</sup>. Die Opposition, allen voran die MHP kritisierte, dass dies der Strategie der Terroristen auf dem Weg zur Politisierung ihres Anliegens entspreche. Damit werde die nationale Einheit verraten. Ebenso kritisiert wurde die

---

34 Radikal 18/10/2009

35 [http://www.ihd.org.tr/index.php?option=com\\_content&view=article&id=1865:2009-yili-insan-haklaridegerlendirmesi&catid=67:genel-merkez&Itemid=213](http://www.ihd.org.tr/index.php?option=com_content&view=article&id=1865:2009-yili-insan-haklaridegerlendirmesi&catid=67:genel-merkez&Itemid=213)

36 [http://www.ihd.org.tr/index.php?option=com\\_content&view=article&id=1865:2009-yili-insan-haklaridegerlendirmesi&catid=67:genel-merkez&Itemid=213](http://www.ihd.org.tr/index.php?option=com_content&view=article&id=1865:2009-yili-insan-haklaridegerlendirmesi&catid=67:genel-merkez&Itemid=213)

37 <http://www.taraf.com.tr/haber/24881.htm>, 3.1.2009, Taraf.

38 <http://www.radikal.com.tr/Radikal.aspx?aType=RadikalHaberDetay&ArticleID=915820&Date=07.01.2009&CategoryID=98,07/01/2009>.

Haltung des YÖK Rektors Ziya Özcan<sup>39</sup>, ein Institut für kurdische Sprache und Literatur an der Ankara und Istanbul Universität zuzulassen.<sup>40</sup> Der Pressesprecher des Generalstabes unterstützte den kurdischen Kanal, solange dieser die Einheit des Staates und Volkes nicht gefährde. Am 21. Februar 2009, dem internationalen Tag für Muttersprache, hielt der DTP Vorsitzende Ahmet Türk auf kurdisch eine Rede im Parlament<sup>41</sup>, woraufhin sofort der Parlamentskanal unterbrochen wurde. Türk erntete von der Regierung, Opposition und aus den Reihen des Militärs harsche Kritik hierfür.

Nachdem der Staatspräsident während seiner Teheran-Reise Mitte März 2009 ankündigte, dass positive Entwicklungen in der Kurdenfrage bevorstehen, wartete die Öffentlichkeit gespannt auf weitere Entwicklungen<sup>42</sup>. Fortan mehrten sich die Stimmen in Richtung kurdischer Öffnung und Hoffnungsäußerungen auch von kurdischer Seite<sup>43</sup>. Schließlich kündete Abdullah Öcalan an, eine Roadmap zur Lösung der kurdischen Sprache Mitte August 2009 zu veröffentlichen. Damit geriet die Regierung in Zugzwang, da sie kein Interesse an einer Diskussion eines Vorschlages des PKK-Vorsitzenden haben konnte. Anfang Juli trat daher Erdogan an die Öffentlichkeit und erklärte, Gespräche mit dem Generalstabschef, dem Innenministerium etc. in dieser Angelegenheit zu führen. Es sei beabsichtigt, sich die Ansichten der Abgeordneten aus den kurdischen Gebieten anzuhören<sup>44</sup>. Die Regierung führte tatsächlich etliche Gespräche, Erdogan empfing die DTP-Abgeordneten, es fanden im Laufe des Spätsommers Treffen zwischen der Regierung und verschiedensten VertreterInnen zivilgesellschaftlicher Organisationen statt. Während die Regierung zu Anfang von kurdischer Öffnung sprach, änderte sie ihren Sprachgebrauch in Richtung „demokratischer Öffnung“. Sie hatte eine Werbeagentur damit beauftragt, die Stimmung in der Bevölkerung zu recherchieren und war zu dem Ergebnis gelangt, dass das Wort „kurdisch“ negative Assoziationen im Westteil des Landes auslöse.

Die Opposition, in Teilen zu Anfang auch die DTP, kritisierten, dass zwar von demokratischer Öffnung die Rede sei, es aber keine konkreten Vorschläge gebe. Solange keine Vorschläge vorlägen, werde die Opposition sich auch nicht mit der Regierung zu Gesprächen bereit erklären. Während die DTP sich ab August 2009 in Richtung demokratischer Öffnung engagierte, beharrte die Opposition aus CHP und MHP auf ihrer Position<sup>45</sup>. Der Generalstab unterstützte in seiner Erklärung vom 20. August 2009 die Öffnungspolitik und gab damit grünes Licht<sup>46</sup>-

Der erste bedeutende konkrete Schritt war die Rückkehr von 34 türkischen Kurden aus dem Nord-Irak am 20.10.2009, darunter 26 Kurden aus dem Lager Makhmur und 8 aus Kandil. Während dieser Schritt vom internationalen Ausland und von vielen türkischen Intellektuellen mit großen Hoffnungen begleitet wurden, endete dieser Schritt im Fiasko. Die Tatsache, dass die 8 Kurden aus Kandil in Militärkleidung mit Siegespose auftraten und von der breiten Öffentlichkeit an der Grenze mit PKK-Slogans empfangen wurden, machte es schwierig, an dem Projekt festzuhalten. Einerseits war das Vertrauen der Regierung in ein umsichtiges Vorgehen der DTP erschüttert. Andererseits bot dieses Auftreten gelungenen Anlass für die Opposition, ihre Blockadehaltung zu untermauern und die Regierung zu kritisieren. Erste Versuche der Schadensbegrenzung durch ein Verschieben weiterer Maßnahmen endeten letztlich in einem Ende der Öffnung. Insgesamt nahm die Spannungen danach erneut zu. Die PKK bekannte sich zu einem Anschlag in der Nähe von Tokat, bei dem sieben Soldaten zu

---

39 Radikal, 2/1/.2009.

40 <http://www.radikal.com.tr/Radikal.aspx?aType=RadikalHaberDetay&ArticleID=915820&Date=07.01.2009&CategoryID=98,07/01/2009>.

41 <http://www.radikal.com.tr/Radikal.aspx?aType=RadikalHaberDetay&ArticleID=923379&Date=25.02.2009&CategoryID=98,25/02/2009>.

42 <http://yenisafak.com.tr/Politika/?t=11.03.2009&i=174302>

43 <http://www.radikal.com.tr/Radikal.aspx?aType=RadikalHaberDetay&ArticleID=930667&Date=11.04.2009&CategoryID=97,11/04/2009>.

44 Radikal 23.07.2009

45 <http://www.radikal.com.tr/Radikal.aspx?aType=RadikalHaberDetay&Date=&ArticleID=937239,23/05/2009>.

46 <http://www.radikal.com.tr/Radikal.aspx?aType=RadikalHaberDetay&ArticleID=950764&Date=21.08.2009&CategoryID=98>



Tode kamen. Insgesamt stieg die Stimmung gegen die Kurden daher kritisch an. So war es denn auch zu erwarten, dass das Verbotsverfahren gegen die DTP vom Verfassungsgericht zuungunsten der DTP ausgehen würde.

Am 11. Dezember entschied das Verfassungsgericht in einem Eilverfahren einstimmig dafür, die Partei gemäß Antrag vom 16.11.2007 zu verbieten. Gegen 37 Personen wurde ein fünfjähriges Politikverbot verhängt, darunter der DTP-Vorsitzende Ahmet Türk.<sup>47</sup> Dieses Urteil stieß bei vielen auf Überraschung, allen voran der DTP. Diese war von den Ereignissen überrollt worden und nicht auf ein solches, noch dazu schnelles Urteil, eingestellt. Zunächst kündete die DTP den geschlossenen Rücktritt aus dem Parlament an<sup>48</sup>, nahm diesen Beschluss jedoch nach Gründung der BDP und Aufrufen von Intellektuellen, die parlamentarische Ebene nicht zu verlassen, auf. Zwar kündigte die Regierung an, weiter an der demokratischen Öffnung festzuhalten. Doch nun wurde die Forderung nach konkreten Vorschlägen immer lauter, diese blieb jedoch unbeantwortet.<sup>49</sup> Parallel dazu wurde eine Verhaftungswelle gegen gewählte kurdische Politiker eingeleitet<sup>50</sup>. Ebenso nahmen im Herbst 2009 Übergriffe gegen kurdische Mitbewohner zu<sup>51</sup>

Ende 2009 deutete alles darauf hin, dass eine Rückkehr zu einer demokratischen, kurdischen Öffnung äußerst schwer sein würde.

## 2. Ökologie/Klimawandel

Im Dezember 2009 wurde das Umweltkapitel im Rahmen der EU-Beitrittsverhandlungen eröffnet. Zunächst wurde vornehmlich über die zu erwartenden Kosten diskutiert. Insgesamt sind rund 300 Direktiven und Regularien zu verabschieden, um die Gesetzeslage in Einklang mit dem EU Acquis zu bringen. Sorge bereitet einigen Wissenschaftlern, dass ohne soziale Begleitmaßnahmen ein Anstieg der Arbeitslosigkeit in Folge der Reformen zu erwarten ist. Der EU-Fortschrittsbericht aus dem Jahr 2009 kommt zu folgendem Fazit: „Turkey has made progress in the field of chemicals and on horizontal legislation by signing the Kyoto Protocol. Some progress can be reported on waste, air quality, industrial pollution and risk management and chemicals. However, the overall level of alignment remains insufficient. Turkey has made no progress in the areas of water quality, nature protection and GMOs. Non-establishment of fully fledged EIA procedures is hampering further improvements in implementation and enforcement of the EIA Directive”.

2009 war hinsichtlich der Klimapolitik ein wichtiges Jahr: die Türkei ratifizierte im Februar 2009 das Kyoto Protokoll, welches schließlich 6 Monate später in Kraft trat. Sie versuchte, ein Gesetz über Erneuerbare Energien im Parlament zu verabschieden. Die für Ende 2009 anberaumten internationalen Klimaverhandlungen in Kopenhagen waren dabei treibende Kraft. Schlagzeilen machten auch Pläne zur Errichtung von nahezu 2000 Hydro-Energie-Kraftwerken. Hiergegen formierte sich insbesondere in der Schwarzmeerregion eine lokale Bewegung. Nachdem das europäische Konsortium (schweizerisch, österreichisch, deutsch) Mitte 2009 seine Teilnahme am Ilisu-Projekt zurückzog, bemühte sich die türkische Regierung, lokale Investoren zu mobilisieren. Drei türkische Banken sagten die Kreditvergabe für das Projekt zu. Darüber hinaus war die Kernenergie erneut prominent auf der Tagesordnung, nachdem die Türkei sich anschickte, Russland die Zuteilung für den Bau eines AKW in Akkuyu/Mersin zu erteilen.

### Die Türkei in den Klimaverhandlungen in Kopenhagen

---

47 <http://www.ntv.com.tr/id/25030653>

48 <http://www.radikal.com.tr/Radikal.aspx?aType=RadikalHaberDetay&ArticleID=970039&Date=19.12.2009&CategoryID=98>

49 <http://www.radikal.com.tr/Radikal.aspx?aType=RadikalHaberDetay&ArticleID=964279&Date=14.11.2009&CategoryID=98>

50 <http://www.radikal.com.tr/Radikal.aspx?aType=RadikalHaberDetay&ArticleID=971177&Date=26.12.2009&CategoryID=98>

51 26 Eylül 2009 yeniozgurpolitika.com

Gemeinsam mit UNDP und der britischen Botschaft in Ankara kündigte das türkische Umweltministerium im Juli 2009 an, einen nationalen Aktionsplan für den Klimawandel auszuarbeiten. Von türkischer Seite wurde die Absicht erklärt, "to introduce low carbon development principles into Turkey's development policies and plans to build resilience through managing impacts of climate change and encourage mitigation and adaptation through realistic commitments to international agreements" (website UNDP).

Die Türkei reiste mit einer relativ großen Delegation von 80 Personen zu den Weltklimaverhandlungen in Kopenhagen und organisierte dort einen Side-Event zu ihrer Strategie. Während der Klimaverhandlungen bemühte sich die Türkei nicht so sehr um Maßnahmen für den Klimaschutz sondern um Werbung für die besondere Lage der Türkei als Annex I, wie der Intellektuelle und Grüne aus der Türkei, Ümit Sahin, von seinen Beobachtungen während der Verhandlungen immer wieder hervorhob. Trotz starkem Druck seitens UNDP gelang es nicht, die Türkei zu einer kohärenten Strategie im Bereich Mitigation und Adaptation zu bewegen. Der Koordinationsrat für Klimawandel, die zentrale Institution der Türkei, welche die Positionen zum Klimawandel koordiniert, hatte sich vor Kopenhagen entschieden, eine Reduktion des Emissions-Anstiegs um 11% zu erklären. Aber selbst hierzu kam es aufgrund der schwierigen Verhandlungssituation in Kopenhagen insgesamt nicht. Die Türkei will eine Übereinstimmung ihrer Wirtschaftsentwicklung mit dem Klimaschutzmaßnahmen anstreben. Immer wieder verwies die Delegation - trotz genereller Absicht, Teil der internationalen Anstrengungen zu sein - auf die besonderen Umstände der Türkei. Auch mit angestrebter Reduktion des Emissions-Anstieges um 11% wird die Türkei weiterhin wie schon 2007 an der Weltspitze bleiben.

### **Reglements bezüglich Erneuerbarer Energien**

Die Türkei reagiert auf den steigenden Bedarf an Energie nicht nur durch o.g. Staudammprojekte, AKW-Pläne und den Ausbau der Energieimporte aus dem Iran sowie Russland. Parallel dazu hat die Regierung das enorme Potential an erneuerbaren Energien erkannt und entsprechend wichtige Gesetze zur Produktion von Erneuerbarer Energie erlassen und hierüber die Greenhouse-Gasemissionen zu reduzieren. Entsprechend stieg der Anteil an erneuerbaren Energien in der Türkei. Das zentrale Gesetz diesbezüglich ist das Strom-Markt-Gesetz Nr. 4628 aus dem Jahr 2001, welches die Liberalisierung des Strommarktes stärken soll und in der Folgezeit immer wieder durch Direktiven insbesondere hinsichtlich der Lizenzen ergänzt wurde. Schließlich wurde 2005 das Gesetz für Erneuerbare Energien (dieses umfasst erneuerbare Energiequellen wie Wind, Sonne, Geothermie, Biomasse und Biogas und Wasser) und das Gesetz über den Gebrauch von Erneuerbaren Energiequellen zur Stromerzeugung verabschiedet, welche Anreize für EE Projekte enthält. Voraussetzung für diese Anreize ist die Richtlinie über das sog. Zertifikat als Erneuerbare Energiequelle. Als Anreiz ist vorgesehen, dass nur 1% des üblichen Preises für den Erhalt der Lizenzgebühren erhoben und die Betreiber nach Errichtung der Anlage acht Jahre lang von der Lizenzgebühr befreit werden. Von der Turkish Electricity Transmission Company (TEIAS) und den Netzbetreibern wird zudem gefordert, erneuerbaren Energien Priorität einzuräumen. Eine Ergänzung zu dem Erneuerbare Energien-Gesetz ist gegenwärtig in Vorbereitung und soll weitere Anreize schaffen, in diesen Sektor zu investieren. Vorgesehen ist ein Mindestpreis für Energieproduktion von 5 Cent/kWh bis zu 18 Euro. Diese Ergänzung wurde jedoch in letzter Minute von der Regierung zurückgezogen.

### **Kernenergie**

Richtungsweisend für Entscheidungsträger, Investoren und Marktanteilsnehmer bezüglich der Energieproduktionsstrategie ist der Bericht der türkischen Energie-Gesellschaft (TEIAS) aus dem Jahr 2004 mit dem Titel "Electricity Energy Generation Planning Study for Turkey (2005-2020)". Darin ist vorgesehen, bei einem angenommenen jährlichen Anstieg der Energiekonsumption in Höhe von 7.9% bis 2015 über eine Kernenergiekapazität bis 2015 im Umfang von 5.000 MW zu verfügen. Das Gesetz über den Bau und Betrieb von Kernkraftwerken Nr. 5710 vom 21.11.2007 reguliert die Prozeduren und Prinzipien hinsichtlich des Baus von

AKWs entsprechend dieses Planes. Die Voraussetzungen für Betreiber sind geregelt in der Richtlinie vom 19.3.2008.

Nach der Ausschreibung für ein AKW in Akkuyu (die vierte dieser Art) mit einer Kapazität von drei- bis fünftausend MW vom September 2008 wurde der Zuschlag an den einzigen Anbieter, das türkisch-russische Consortium Atomstroyexport-Inter Rao-Park Teknik erteilt. Dieser wurde am 20. November 2009 nach Überprüfung der Technologie durch TAEK jedoch wieder zurückgezogen. Ebenso wurde vom Energieministerium der hohe Strompreis von 21,5 Cent des Konsortiums bemängelt.

Ende 2009 führte Ministerpräsident Erdogan erneut Gespräche mit seinem russischen Amtskollegen Medvedev über den Bau von AKWs durch Russland und über die türkische Zustimmung zur Anbindung Russlands an die Blue Stream Gas Pipeline. Ebenso wurde über die mögliche Rolle Russlands an der geplanten Öl-Pipeline zwischen Samsun am Schwarzmeer und Ceyhan am Mittelmeer verhandelt. Aufgrund des geringen Interesses der Investoren denkt die türkische Regierung nun über ein Modell der public private partnership nach. Gleichzeitig wurden erste Gespräche mit dem südkoreanischen Unternehmen Korea Electric Power Corp. (KEPCO) über den Bau eines AKWs vom Typ APR1400 mit 4.000 Megawatt geführt. Die türkischen Energiebehörden drängen auf den Bau von AKWs, um auf das erwartete Energiedefizit vorbereitet zu sein.

Von zivilgesellschaftlicher Seite wird gegen die Nuklearträume weiterhin mobilisiert und demonstriert. Bedeutend in diesem Zusammenhang ist vor allem der Bericht von Greenpeace „Energy (R)evolution vom Oktober 2009, in dem die Energiestrategie der türkischen Regierung kritisch analysiert wird und das verstärkte Engagement in Richtung Erneuerbarer Energien hervorgehoben wird. Von europäischer Seite wird kritisiert, dass die türkische Atomenergie-Agentur (TAEK) sowohl für die Kontrolle als auch den operativen Bereich von Kernenergie zuständig ist. Damit ist eine unabhängige Kontrolle kaum möglich. Bemängelt wird auch, dass die Türkei nicht an dem EU Programm zu Nuklearsicherheit und Radioaktivitätsschutz teilnimmt und auch nicht der Konvention über die Sicherheit bezüglich radioaktiven Mülls beigetreten ist.

### **Ländliche Entwicklung**

Im EU Fortschrittsbericht 2009 werden der Türkei begrenzte Fortschritte im Bereich ländlicher Entwicklung bescheinigt. Die Türkei hat im Rahmen von IPARD Fortschritte gemacht und entsprechende gesetzliche und institutionelle Vorkehrungen auf den Weg gebracht wie z.B. die Gründung der IPARD Agentur. Solange der Plan für die ländliche Entwicklung jedoch nicht besteht, kann die Umsetzung nicht erfolgen. Lediglich im Bereich des Steuernetzes für die Landwirtschaft wird der Türkei ein gutes Zeugnis ausgestellt. Bemängelt wurde, dass der Plan für ländliche Entwicklung für die Jahre 2007-2013 auch Ende 2009 nur im Entwurf vorlag. Als besorgniserregend wird die Zunahme der produktionsabhängigen Subventionen gewertet. Kritisch angemerkt wird das weiterhin bestehende Einfuhrverbot für Lebewiege, Rindfleisch u. a. Tierprodukte. Die Aufhebung dieses Verbotes und weiterer Handelsverzerrungen wird als ein Hauptelement der Verhandlungen im Landwirtschaftskapitel bezeichnet. Nur sehr geringe Fortschritte sind hinsichtlich der Qualitätsstandards zu verzeichnen, im Bereich ökologische Landwirtschaft sind geringe Fortschritte zu verzeichnen. Kritisch vermerkt wird auch, dass das Landwirtschaftskapitel solange nicht vervollständigt werden kann, solange die Öffnung der Häfen/Flughäfen für zyprische Waren nicht erfolgt ist.

Hinsichtlich der insbesondere für den ländlichen Raum relevanten Genderaspekte ist festzuhalten, dass die Türkei in Folge der Ergebnisse des 2008 organisierten „Ratschlags zur Frau im ländlichen Raum“ in 2009 regionale „Ratschlagstreffen“ durchzuführen begonnen hat. Von neun geplanten regionalen Treffen fanden zwei in 2009 statt, in Eskisehir und Trabzon.

Als zentrale Probleme von Frauen im ländlichen Raum wurden in Eskisehir:

- Bildungsfragen,

- fehlende Entscheidungskompetenz über das Erwerbstätigkeit,
- unbezahlte und nicht sozial abgesicherte Arbeitsverhältnisse,
- fehlende weibliche Arbeitgeber aufgeführt.

In Trabzon hingegen wurde auf

- die Migration von Landfrauen infolge der negativen Auswirkungen des Klimawandels auf die Landwirtschaft
- fehlende soziale Absicherung der Landfrauen hingewiesen.

Lebensmittelsicherheit und GMO waren zentrale Themen im Jahr 2009. Zunächst rief die vom 11-18.4.2009 durchgeführte US-Reise von türkischen Abgeordneten zum Thema „Moderne Agrartechnologien“ insbesondere aufgrund von Besuchen bei der Firma Monsanto, welche für die Produktion von genmanipuliertem Saatgut berühmt ist, breite Proteste hervor. Just als die Delegation in den USA weilte, wurde in Deutschland der Anbau des Genmais Mon 810 von Monsanto verboten. Im Juni 2009 wurde angekündigt, als Maßnahme im Rahmen des EU-Beitrittsprozesses das Ministerium für Landwirtschaft und Dorfangelegenheiten durch das Ministerium für Lebensmittel und Landwirtschaft zu ersetzen. Diese Maßnahme wurde von der Regierung als wichtiger Schritt in Richtung Ernährungssicherheit dargestellt. Von zivilgesellschaftlicher Seite wurde daher in der zweiten Jahreshälfte vermehrt den Themen Ernährungssicherheit, Armut, Wirtschaftskrise und prekäre Lage der Kleinbauern Aufmerksamkeit gewidmet. Als kritisch wurde die Existenz von wenigen multinationalen Konzernen und deren Methoden im Agrarbereich hervorgehoben. Multinationale Konzerne sicherten sich durch entsprechende Verträge eine Interventionsmöglichkeit auf allen Ebenen der Produktionsebene, so dass die Produzenten zunehmend den Einfluss auf die Produktion verlieren. Dies ziehe insbesondere auch soziale Konsequenzen nach sich, als die Bauern zunehmend mit rechtsunsicheren Verhältnissen konfrontiert sind. Das geplante **Gesetz Nr. 5179** zu Nationaler Biosicherheit verfolgt, so die Kritiker, das Ziel, den Markt für den Import von Saatgut und von GMOs zu öffnen. Regierungssprecher Cemil Çiçek warb mit einer steigenden Bedeutung der Biovielfalt für das Gesetz. Dennoch formierte sich breiter Widerstand gegen dieses Gesetz, weil es GMOs legalisieren sollte. GMO werden von zivilgesellschaftlichen Organisationen und Verbänden wie der Kammer der Umweltingenieure, der Landwirtschaftsingenieure, der NGO Tema, der „Nein zu GMO-Plattform“, der Verbraucherschutzvereine als krankheitsgefährdend abgelehnt. Das Verfassungsgericht stoppte einige Artikel des og Gesetzes insbesondere in Bezug auf die GMOs und begründete dies mit der Krankheitsgefährdung durch GMOs.

Am 26. Oktober wurde das **Dekret 27388** mit dem Titel "Import von genmanipulierten Lebens- und Futtermitteln, Verarbeitung, Export, Kontrolle verabschiedet. Mit dieser Direktive wurden GMOs offiziell legalisiert. Verboten wurde mit diesem Dekret, dass GDO-freie Waren als solche gekennzeichnet werden. Aufgrund des großen öffentlichen Protestes wurde das Gesetz nicht einmal einen Monat später (20.11.2009) verändert, einige Artikel wurden ausgesetzt und auf März verschoben. Inzwischen wurde im Landwirtschaftsministerium eine Auskunftsstelle und Hotline für Bürger errichtet, die Auskunft über Lebensmittelsicherheit etc. gibt.

Ein Thema mit politischer Brisanz war in 2009 auch das Vorhaben der Regierung, den 510 km langen und zwischen 300 und 700 Meter breiten Grenzstreifen entlang der syrischen Grenze an Israel zu verpachten. Israel sollte mit der Säuberung des Grenzstreifens von Landminen beauftragt werden und würde hierfür das Gelände für 44 Jahre zur landwirtschaftlichen Produktion nutzen können. Dieses Vorhaben wurde auf Protest der Opposition jedoch fallen gelassen.

### 3. Außen- und Sicherheitspolitik

Im Bereich der Außenpolitik blickt die Türkei auf ein bewegtes Jahr zurück. Besondere Aufmerksamkeit verdienen die Entwicklungen Türkei-Südkaukasus und die Beziehungen der Türkei zu einzelnen Ländern im Nahen und Mittleren Osten.

## **Naher und Mittlerer Osten**

Ein Ausspruch von Ministerpräsident Erdogan wird in der Türkei zum Mode-Slogan wie von einem Popstar: „One Minute“, man könnte fast sagen, one minute wurde zum Modewort der Türkei. Hintergrund dieses populär gewordenen Slogans ist das Auftreten von Erdogan während einer Podiumsdiskussion im Rahmen des Weltwirtschaftsforums in Davos. Erdogan wollte dem israelischen Premier etwas entgegen und versuchte verzweifelt, vom Moderator eine Minute Rederecht zu erhalten. Als ihm dieses verwehrt wurde, verließ er protestierend vor laufender Kamera das Podium. Manche werteten diesen impulsiven Ausbruch als Charakterzug von Erdogan, manche waren der Ansicht, er wolle damit lediglich zu Hause die Popularität kurz vor den Kommunalwahlen steigern. Dritte hingegen sehen sein emotionales Auftreten darin begründet, dass die türkische Regierung über das israelische Vorgehen im Kontext der Gaza-Intervention wütend war. Schließlich habe Israel die Türkei nicht vorab informiert. Die Gaza-Intervention wurde just zu einem Zeitpunkt durchgeführt, als die Türkei Syrien zu Verhandlungen mit Israel zu bewegen versuchte.

Vermutlich spielten alle Faktoren eine Rolle und begründen die anschließenden Israel-kritischen Äußerungen von Erdogan und seiner Ehefrau, die öffentlich Tränen für die bei der Intervention gestorbenen palästinensischen Kinder vergoss. Auf meterhohen und –breiten Werbeflächen wurde das Schicksal der unschuldigen palästinensischen Kinder, Frauen und Alten beklagt, die der israelischen Aggression hilflos ausgesetzt sind. Es grenzte an Geschmacklosigkeit, wie das Schicksal der palästinensischen Bewohner von Gaza für innenpolitische Zwecke instrumentalisiert wurde. Jedenfalls waren die Tränen von Frau Erdogan nach der Kommunalwahl schnell wieder getrocknet. Leider wurde nur sehr wenig Kritik an der Vorgehensweise von Ehepaar Erdogan laut. Insgesamt stieß das Vorgehen in breiten Kreisen auf Zustimmung – mal aus religiösen Motiven, mal aus Kritik am Vorgehen Israels und mal aus antisemitischen Motiven. Der populistische Schachzug hatte funktioniert. Insgesamt ist nicht von der Hand zu weisen, dass der außenpolitische Diskurs der türkischen Regierung – auch nach der Amtsübernahme von Außenminister Davutoglu im Mai 2009 – in Teilen religiös geprägte Bezüge enthält, wie etwa die Solidarität mit den muslimischen Schwestern und Brüdern. Nicht vergessen werden darf jedoch, dass dies bereits vor der AKP-Regierungszeit der Fall war und durchaus auch Teil des internationalen Diskurses ist, wenn es um die mögliche Rolle der Türkei im Nahen und Mittleren Osten geht. Auch hier wird Bezug auf die mehrheitlich muslimische Bevölkerung der Türkei genommen, die allein deswegen historisch und kulturell in größerer Nähe zu diesen Ländern stehe.

Tatsächlich hat die Türkei im arabischen Raum stärker aufgrund der Israel-kritischen Haltung als aufgrund der muslimischen Rhetorik an Popularität gewonnen. Made in Turkey ist Mode, so bestätigen dies die KollegInnen aus den Büros in Ramallah und Beirut.

Nachdem auch die israelische Regierung Ende 2009 nicht gerade zimperlich mit der Türkei umging und diplomatische Gepflogenheiten vollkommen verletzte, dürfte nun eine „Pattsituation“ herrschen, die es nun, so die Ansicht etlicher Beobachter, wieder möglich mache, zum normalen Geschäft überzugehen. Sowohl Israel als die Türkei würden von den bilateralen Beziehungen, insbesondere der militärischen Kooperation, profitieren, so Shlomo Brom, Experte aus Israel auf einer Veranstaltung der hbs am 23.2.2010 in Brüssel. Auch mit Blick auf die türkisch-europäischen und türkisch-amerikanischen Beziehungen dürfte der Türkei daran gelegen sein, weiterhin die Rolle als Vermittler in der Region übernehmen zu können.

Aufsehen erregten die zahlreichen Abkommen, welche die Türkei in 2009 mit Syrien und dem Libanon schloss, darunter auch die Visumsfreiheit, die mit großer Wahrscheinlichkeit nicht im Interesse des Schengenraumes sein dürfte. Die Türkei betont, dass sie im Unterschied zu vergangenen Jahren stärker pro-aktiv auftreten und ihre eigenen Interessen wahrnehme. Manche Experten sehen darin ein Abwenden von der EU, manche sehen dies durchaus in Kontinuität der türkischen Politik der vergangenen zehn Jahre und nicht als Abwenden von der EU. Wie sich diese proaktive Politik mittelfristig abzeichnet, ist nicht abzu-

sehen. Insbesondere die Devise „zero problems with the neighbors“ dürfte bezüglich der bilateralen Beziehungen zum Iran zu einer Zerreißprobe führen.

### **Kaukasus**

Bedeutsam sind auch die Entwicklungen in Richtung Südkaukasus und allen voran Armenien. Nachdem der armenische Staatspräsident seinen Rückbesuch anlässlich des armenisch-türkischen Fußballspiels im Oktober 2009 durchführte und beide Seiten ein Protokoll in Richtung Grenzöffnung unterzeichneten. Wie zu erwarten ist die Türkei hier jedoch konfrontiert mit seinem Partner Aserbeidschan, das seine Interessen in Berg Karabach in keinster Weise gefährdet sehen möchte. Eine Loslösung der türkisch-armenischen Beziehungen von den armenisch-aserbeidschanischen Beziehungen dürfte auch trotz internationalen Drucks problematisch und schwierig sein.